

informationsdienst

alter & forschung

Nachrichten zum demografischen Wandel

Erwerbsbeteiligung ●

Vorruhestand - für ostdeutsche Frauen kaum ein Thema 3

☞ Trotz hoher Arbeitslosigkeit liegt der Arbeitsmarkt in Ostdeutschland nicht brach. Im Gegenteil: Die Erwerbsbeteiligung ist weiterhin deutlich höher als im Westen. Und dafür sorgen vor allem die verheirateten Frauen in den mittleren und älteren Jahrgängen. Sie stehen auch 13 Jahre nach der Vereinigung dem Arbeitsmarkt in ähnlichem Umfang zur Verfügung wie zu früheren DDR-Zeiten. Darauf macht das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) aufmerksam. Gleichzeitig sinkt bei den ostdeutschen Frauen deutlich mehr als bei den Männern die - inzwischen wohl unrealistische - Erwartung auf einen frühen Einstieg in die Rente.

Kinderlose Männer ●

Traditionelle Lebensplanung hat nach wie vor Bestand 10

☞ Der Anteil der dauerhaft kinderlosen Männer in Deutschland steigt; schon jetzt sind 26 Prozent der 45- bis 50-Jährigen ohne Nachwuchs. Das zeigt eine Untersuchung des DIW. Weitere Befunde: Mit Ausnahme der Hochaltrigen gibt es in allen Altersgruppen mehr kinderlose Männer als Frauen. Zweitens scheint das Rollenverhalten, nach der Männer erst im Zuge ihrer beruflichen Etablierung eine Familie gründen, weiter zu gelten; für Frauen hingegen wirken sich die Konflikte zwischen Berufstätigkeit und Familie am deutlichsten aus. Und drittens beginnt mit den Jüngeren auch eine Angleichung der Kinderlosigkeit zwischen Ost- und Westdeutschland.

Europawahl 2004 ●

Politische Macht der Älteren nimmt sichtbare Konturen an 17

☞ Nur den älteren Wählern ist es zu verdanken, dass die historisch niedrige Beteiligung an der Europawahl nicht noch schlechter war. Denn immerhin ging von den über 60-Jährigen mehr als die Hälfte zur Wahl; in der jüngsten Wählergruppe lag die Beteiligung unter 30 Prozent. Mit ihrem parallel dazu steigenden Anteil an der Wahlbevölkerung verfügen die über 60-Jährigen somit über zunehmende politische Macht. Und die äußert sich in einer überdurchschnittlichen Zustimmung zu den beiden großen Parteien - zur Union deutlich stärker als zur SPD. Mit Ausnahme der PDS in Ostdeutschland nimmt demgegenüber die Bedeutung der kleinen Parteien ab.